



14.05.2023

Landesparteitag in Greding

AfD Bayern kührt die Spitzenkandidaten und beschließt Landtagswahlprogramm sowie zwei Resolutionen:

1. „Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda - Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“
2. "Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa"

1. Resolution

„Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda - Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“

Die AfD-Bayern fordert (...)

zunächst die Journalisten des Bayerischen Rundfunks auf, sich wieder auf ihr Berufsethos zu besinnen, sich von der Einflußnahme ihrer Vorgesetzten zu befreien und zu einer fairen, kritischen und unabhängigen Berichterstattung im Sinne ihrer eigentlichen Auftraggeber, den Bürgern, zurückzufinden.

Dieser Schritt kann jedoch nur der Anfang für eine grundlegende Reform des Rundfunkwesens in Deutschland und Bayern sein.

Wir fordern daher eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die die Struktur, das Angebot und die Finanzierung umfaßt.

Wir treten für eine drastische Verschlankeung des Bayerischen Rundfunks und eine Konzentration des Angebots auf die gesellschaftlich und politisch relevante Grundversorgung ein. Der Rundfunk in Bürgerhand sollte sich auf Kultur- und Bildung sowie unabhängige Berichterstattung über internationale, nationale und regionale Politik sowie regionale Sportereignisse beschränken.

Teure Filmproduktionen und Unterhaltung können aus unserer Sicht von privaten Anbietern ohne Verlust für den Grundauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks übernommen werden.

Die überdimensionierte Struktur des Bayerischen Rundfunks möchten wir auf ein

notwendiges Mindestmaß reduzieren. Der wichtigste Schritt hierzu ist der Austritt aus dem Medienstaatsvertrag und die Reduzierung der Anzahl der Programme auf je ein einziges Grundfunkprogramm für den Hörfunk und für das Fernsehen.

Diese Verschlankung ermöglicht eine drastische Reduzierung des Rundfunkbeitrags. Die inhaltliche und finanzielle Reform des Bürgerrundfunks wird dazu führen, daß die Menschen in Zukunft freiwillig bereit sein werden, die Gebühren für den unabhängigen Journalismus zu bezahlen.

Um diese Überparteilichkeit zu garantieren, schlagen wir die direkte Wahl der Rundfunkräte durch die Wähler in Bayern in Anlehnung an die Sozialwahlen vor.

Ein überparteiischer Rundfunk kann nur durch den gemeinsamen Bürgerwillen entstehen

Wir fordern daher alle Fachleute und Bürger auf, sich am Aufbau einer überparteilichen Initiative zu beteiligen, deren Aufgabe die Vorbereitung eines Volksbegehrens zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist.

Der Rundfunk gehört in die Hände und unter wirksame Kontrolle der Bürger und muß vom Einfluß der Regierung und der Parteien befreit werden!

2. Resolution:

"Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa"

Bayerische Interessen durch Dialoginitiative des Freistaats im Namen unserer Bürger wahren:

- Dialoginitiative aus Bayern statt Ampel-Kriegspolitik aus Berlin;
- Diplomatie statt Kriegsverlängerung durch Waffenlieferungen und Gefahr des Kriegseintritts durch massenhafte Ausbildung ukrainischer Soldaten in Bayern (Hohenfels, Grafenwöhr);
- Bayern als Brückenbauer zwischen Ost und West statt als Unterstützer Bidens einseitiger US-Interessen- und Geopolitik für eine gezielte Spaltung Eurasiens.

Die AfD-Bayern stellt fest:

- dass sich die Situation hinsichtlich der Energieversorgung für die Wirtschaft und die Bürger in Bayern durch eine zerstörerische Energiepolitik und die Eskalation des Ukraine-Kriegs in einem Maße verschlechtert hat, dass massenhaft Existenzen gefährdet werden;
- dass der von der Ampelregierung im Einklang mit CDU und CSU gewählte eskalierende Weg von Wirtschaftssanktionen und schweren Waffenlieferungen

- statt dem Anstreben einer diplomatischen Lösung im Ukraine-Krieg – unserem besonders außenabhängigen Deutschland und auch Bayern massiv schadet;
- dass Bayern als Wirtschaftsstandort mit engen außenwirtschaftlichen Verflechtungen jahrzehntelang erfolgreich war mit der Pflege guter Beziehungen nach West und Ost. Diese bauen im Hinblick auf Russland auf eine durch Franz Josef Strauß initiierte und bis Horst Seehofer gepflegte enge Partnerschaft auf, institutionalisiert im Rahmen einer formellen Kooperation des Freistaats mit der Region Moskau.

Die AfD-Bayern fordert:

- dass die formelle Vereinbarung vom Juli 2003 über die Zusammenarbeit zwischen dem Bayerischen Landtag und der Moskauer Stadt- sowie Gebietsduma umgehend reaktiviert wird, um aus dem Freistaat Bayern Impulse zur Einleitung einer internationalen diplomatischen Initiative über bestehende bayerische Kooperationskanäle zu lancieren;
- dass der Freistaat umgehend Gespräche nach dem Vorbild Ungarns und Serbiens aufnimmt zur Wahrung der selbst während der Zeiten des Kalten Krieges sicheren Gasversorgung für Bayerns Wirtschaft und Privathaushalte, nachdem die Ampelregierung – im Einklang mit CDU und CSU – die kostengünstige und umweltfreundliche Gasversorgung gekappt hat, ohne hierfür durch EU-Sanktionsvorgaben gezwungen worden zu sein;
- dass der Freistaat Bayern im Sinne des föderalen Konzepts das politische Versagen der Ampelregierung im Bewahren des Friedens in Europa im Sinne der Bürger und Unternehmen in Bayern korrigieren hilft durch die umgehende Nutzung etablierter Gesprächskanäle mit langjährigen russischen Partnern zur Vorbereitung einer Diplomatie- und Friedensinitiative im Interesse Bayerns, Deutschlands, Europas und nicht zuletzt der Ukraine, die die meisten Opfer infolge der scheiternden Eskalationsstrategie der Administration Biden sowie ihrer Verbündeten zu erleiden hat.